

# Vogelsang-Kritik an FDP-Antrag

SPD: Kupsch war für zehn Stunden

VON PETER HANUSCHKE

**Lilienthal.** Die FDP hat, wie berichtet, beantragt, der Gleichstellungsbeauftragten 15 statt zehn Stunden Wochenarbeitszeit zur Verfügung zu stellen. SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Vogelsang bezeichnet das als Versuch, „wort- und begründungsreich die Kehrtwende einzuleiten und zu erklären, warum jetzt auf einmal alles ganz anders ist“. Schließlich habe die FDP selber zusammen mit der CDU vor über einem Jahr überhaupt erst dafür gesorgt, dass aus der ehemals hauptamtlichen Stelle mit 19,5 Stunden eine nebenberufliche Tätigkeit mit zehn Stunden wurde.

Hätte die FDP schon vor einem Jahr auf die SPD und die Grünen gehört, müsste sich FDP-Fraktionsvorsitzende Heidi Kupsch jetzt nicht eingestehen, „dass man damals den tatsächlichen Bedarf nicht kannte – oder vielleicht nicht kennen wollte“. Schließlich habe die ehemalige Gleichstellungsbeauftragte Marianne Teubert die Politik vor ihrem Abschied auf die drastischen Auswirkungen einer Stundenkürzung hingewiesen.

Neben der CDU habe sich auch Heidi Kupsch damals für die Reduzierung auf zehn Stunden stark gemacht. Ihr Argument: Auch in der Kreisstadt arbeite eine ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte, „und die macht doch einen guten Job“. Die dann erfolgte Reduzierung könnte man auch als Akt der Nächstenliebe bezeichnen, so Vogelsang, denn eigentlich hätte der ursprüngliche Vorschlag von FDP und CDU die Neubesetzung lediglich auf Ehrenamtbasis vorsehen sollen.

Nun, nach dem kürzlich vorgetragenen Jahresbericht der Gleichstellungsbeauftragten Heidemarie Lohmann, folge das große erstaunte Erwachen bei der FDP. „Dabei geht es doch allzu vordergründig um eine rein populistische Aktion von Frau Kupsch, die in wohlwollenden Worten von Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingekleidet werden.“ Garniert werde der Antrag noch mit dem Vorschlag zur Berufung einer „Familienbeauftragten“ für die Gemeinde.

„Wenn Aufgaben und Zeit der Gleichstellungsbeauftragten schon nicht zusammen passen, warum soll dann eine neue Aufgabe zugeordnet oder ein neuer ‚Titel‘ angehängt werden“, fragt die SPD-Fraktionsvorsitzende. Das könne doch nur als ein Placebo der FDP-Politik in Lilienthal gewertet werden. „Fairness wäre hier von Frau Kupsch zu erwarten gewesen im Umgang mit den wichtigen Aufgaben einer Gleichstellungsbeauftragten – und zwar schon vor einem Jahr.“

Die FDP-Fraktionsvorsitzende hätte damals hinter dem Antrag auf Hauptamtlichkeit der Gleichstellungsbeauftragten ein „ideologisches Vorwahlgeplänkel“ der SPD und Grünen vermutet. Als was müsse Heidi Kupsch dann, wo die Kommunalwahl 2011 zeitlich deutlich näher herangerückt ist, ihren eigenen Antrag bezeichnen, fragt Vogelsang.